

Vollständiges Wirtschaftsembargo gegen Russland und Belarus

Beschluss des Deutschlandtages vom 20.-22.10.2023 in Braunschweig

Die Junge Union Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, sich im Rat der Europäischen Union für ein vollständiges Handels- und Wirtschaftsembargo gegen die Russische Föderation und Belarus auszusprechen. Der bisherige Ansatz der Sanktionspolitik, den Handel mit bestimmten Gütern - wie Rohstoffen oder Dual-Use-Gütern - zu sanktionieren (Blacklisting), muss umgekehrt werden. Stattdessen soll künftig nur noch ausnahmsweise der Handel mit humanitär notwendigen Gütern (Lebensmittel, Medikamente) oder nicht-substituierbaren Produkten gestattet sein (Whitelisting).